

Russisches Gericht verhängt lange Haftstrafen gegen Mariupol-Kämpfer

Ein russisches Militärgericht verurteilt ukrainische Kämpfer des Azov-Regiments, die Mariupol verteidigten, zu 13 bis 23 Jahren Gefängnis. Menschenrechtsverletzungen und politische Gefangene stehen im Fokus.



Ein russisches Militärgericht hat mehreren Mitgliedern des ukrainischen Azow-Regiments, das die Verteidigung der **wichtigen Stadt Mariupol** in den frühen Monaten des Krieges leitete, langjährige Haftstrafen auferlegt.

Urteil und Anklagepunkte

Am Mittwoch wurden die Angeklagten wegen verschiedener Delikte, einschließlich gewaltsamen Machtergreifung und Teilnahme an einer terroristischen Organisation, verurteilt. Die Haftstrafen liegen zwischen 13 und 23 Jahren, so das Büro des

Vorwürfe gegen das Azow-Regiment

Russland versucht, das Azow-Regiment als Gruppe von Nazis und Nationalisten darzustellen, was die Organisation bestreitet. Letztes Jahr hob **die USA** ein Verbot für die Waffenlieferung an die Kämpfer auf.

Symbol der ukrainischen Widerstandskraft

Die Stadt Mariupol hat sich zu einem Symbol des ukrainischen Widerstands entwickelt. Ukrainische Soldaten, einschließlich Mitglieder der **Azov-Einheit**, und Einwohner hielten sich 2022 wochenlang in einem Bunker unter dem riesigen Azovstal-Stahlwerk auf und weigerten sich, sich russischen Kräften zu ergeben.

Verfahren und Festnahmen

Das Militärgericht des südlichen Distrikts in Rostow am Don verkündete das Urteil in Abwesenheit für 11 Personen, während 12 Angeklagte persönlich erschienen. Ein Mitglied soll während der russischen Haft verstorben sein, während andere mittlerweile ausgetauscht wurden.

Ermittlungen und Menschenrechtsverletzungen

Der Prozess betraf Mitglieder des Azow-Regiments, das jetzt Teil der Nationalgarde der Ukraine ist, und die während der Belagerung von Mariupol gefangen genommen wurden. Der Staatsanwaltschaft zufolge stellte das Gericht fest, dass die Angeklagten „Handlungen zur gewaltsamen Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung Russlands“ unternahmen. Die russischen Behörden klassifizierten die Azov-Einheit im Jahr 2022 als terroristische Gruppe, nachdem sie die umfassende

Invasion der Ukraine begonnen hatten.

Politische Gefangene und internationale Reaktionen

Die russische Menschenrechtsorganisation Memorial bezeichnete die Angeklagten als politische Gefangene und berichtete von Beweisen für Menschenrechtsverletzungen, die „grausame Behandlung, unerträgliche Haftbedingungen, Mangel an normaler Nahrung und medizinischer Versorgung, Beleidigungen, Mobbing, Schläge und Folter“ umfassten.

Würdigung der Nationalgarde

Das Urteil fiel mit dem Tag der Nationalgarde der Ukraine zusammen. Präsident Wolodymyr Selenskyj ehrte den Mut der Einheiten der Nationalgarde und bekräftigte die diplomatischen Bemühungen Kyiws, alle ukrainischen Kriegsgefangenen, einschließlich der Kämpfer des Azow-Regiments, freizubekommen.

Selenskyjs Appell für die Freiheit der Kriegsgefangenen

Selenskyj erklärte, Kiew gedenke „aller ukrainischen Krieger – insbesondere der Krieger der Nationalgarde, der Verteidiger von Mariupol und der Kämpfer von Azow, die bedauerlicherweise in russischer Gefangenschaft sind.“ Er betonte: „Wir arbeiten auf allen diplomatischen Ebenen, um sie zu befreien und nach Hause zu bringen.“

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at